

SP Kanton Bern - Postfach 2947 - 3001 Bern

Erziehungsdirektion des Kantons Bern
Mittelschul- und Berufsbildungsamt
Abteilung Betriebswirtschaft und Recht ABR
Kasernenstrasse 27
3000 Bern 22
info.vernehmlassungen@erz.be.ch



Bern, 2. Juli 2018

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG)

Sehr geehrte Frau Erziehungsdirektorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zum Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG). Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

Die SP setzt alles daran, dass die hohe Abschlussquote auf der Sekundarstufe II erhalten bleibt. Vor dem Hintergrund des erfolgreichen Dualsystems wehrt sich die SP vehement gegen den Abbau an Berufs- und Mittelschulen. Vielfältige und umfassende Lehrgänge erhalten die Attraktivität der Ausbildungen. Brückenangebote sichern hohe Abschlussquoten und verhindern, dass Jugendliche die Volksschule ohne Anschluss verlassen.

1 UMSETZUNG EINER MASSNAHME AUS DEM SPARPAKET EP 2018; MITFINANZIERUNG DER BERUFS-VORBEREITENDEN SCHULJAHRE DURCH DIE GEMEINDEN

Wir nehmen zu den Varianten wie folgt Stellung. Für die SP ist die solidarische Finanzierung zu favorisieren, dies aus zwei Hauptgründen:

1. Es darf nicht sein, dass eine Anschlusslösung wegen einer zu hohen Belastung der Gemeinde nicht gewährleistet ist. Basieren die Kosten für die Gemeinden auf der tatsächlichen Anzahl Schüler*innen in den Brückenangeboten, besteht diese Gefahr.
2. Eine solche Finanzierung führt vor allem bei kleinen Gemeinden zu teils unverhältnismässigen Belastungen in einzelnen Jahren (siehe Beilage zum Vortrag: Gemeinde Deisswil bei Münchenbuchsee: CHF 552.-/Einwohner*in). Eine regelmässige Belastung ist besser planbar und einfacher abzurechnen.

Die SP setzt sich für eine solidarische Mitfinanzierung durch die Gemeinden bzw. Variante 2 ein. Die berufsvorbereitenden Angebote werden von Schulabgängerinnen und Schulabgängern aus bildungsfernen Familien stärker genutzt, entsprechend wären Gemeinden, welche bereits hohe Sozialkosten tragen, von der neuen Finanzierung gemäss Variante 1 stärker

betroffen. Zudem handelt es sich bei diesen Gemeinden meistens um solche, welche unterdurchschnittliche Steuereinnahmen ausweisen.

Ein Anreizsystem, wie es der Regierungsrat vorschlägt, ergäbe nur Sinn, wenn die Gemeinden bezüglich der Risikofaktoren gleiche Voraussetzungen hätten. Dies ist nicht der Fall und entsprechend würden Restriktionen bei den berufsvorbereitenden Angeboten dazu führen, dass vermehrt Jugendliche mit schulischen und persönlichen Defiziten ohne Ausbildung dastünden. Kosten, welche mit dem vorgeschlagenen Anreizsystem gespart werden könnten, müssten wahrscheinlich später durch höhere Sozialausgaben kompensiert werden.

2 SCHAFFUNG EINER GESETZLICHEN GRUNDLAGE FÜR DIE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG ZENTRALER SCHWEIZER BERUFSMEISTERSCHAFTEN «SWISS SKILLS», DAMIT DIESE AUCH KÜNFTIG IN BERN DURCHFÜHRT WERDEN KÖNNTEN

Was die Swiss Skills anbelangt, schliesst sich die SP vollumfänglich dem Vorschlag der Regierung an.

3 SCHLUSSBEMERKUNG

Wir bitten Sie, unsere Vernehmlassungsantwort zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Ursula Marti
Parteipräsidentin



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär